

Totgesagte leben länger. Die Fortschreibung ökonomischer Ordnung in Krisenlektionen der deutschen Finanzpresse¹

Amelie Kutter, Universität Lancaster, a.kutter@lancaster.ac.uk

The English-language version will be available end 2012, for updates see <http://www.lancs.ac.uk/cperc/publications.htm>

State Redux? Economic imaginaries in the German financial press 2006-2010

Since it surfaced in 2007-2008, the North-Atlantic financial crisis has shaken the global economy and challenged many mainstream assumptions about how the economy functions and economic policy works. It was widely expected that the crisis would provoke a shift in economic paradigms. This paper adopts a discourse-analytical perspective to explain why this has not happened so far. It starts from the assumption of Cultural Political Economy that economies are the subject *and* product of context-dependent collective imaginaries that reduce the complexity of economic activities and attribute legitimacy to some complexity-reductions rather than others. The paper investigates what imaginations and legitimations of social-economic formation (*Wirtschaftsordnung*) are discernible in commentaries on macroeconomic policy published by financial journalists in *Financial Times Deutschland*, *Handelsblatt*, and *Süddeutsche Zeitung* during 2006-2010. To this end, the author applies a combined corpus and discourse analysis of terms that have become foundational for the imagination of market economies (*Grundbegriffe*, following Koselleck 1970) and that were particularly salient in the analysed texts: 'state', in combination with 'market'. The corpus-linguistic analysis of the contextual meaning of the terms suggests that shifts indeed occurred in the conceptualisation of the state: the 'lean' competition state facing a 'clever' market (prior to the crisis) turns into a 'strong' intervening state that responds to market failure, employs even Keynesian strategies for recovery, and is increasingly projected onto the European level (after the crash in 2008). However, the discourse analysis of legitimation strategies embedding the term 'state' reveals that the 'strong' state is still contrasted with the 'big' engaging state. The latter increasingly emerges as an obstacle to recovery (in that it delays and distorts the market's self-regulation), especially with the beginning of the sovereign debt crisis in the Eurozone. Thus, by rehabilitating the 'strong' state, journalists indicate that they learned their lessons, distancing themselves from the market efficiency hypothesis. At the same time, they re-introduce established categories of competition-driven restructuring. More importantly, they construct a subject outside the economy to which responsibility can be attributed – the state – a construction that obscures the manner and extent to which financialization transformed regulatory institutions.

¹ A shorter version will be published as Kutter, Amelie (2012) „Totgesagte leben länger. Die Fortschreibung ökonomischer Ordnung in Krisenlektionen der deutschen Finanzpresse“, in: Maeße, Jens (Hrsg.): *Ökonomie, Diskurs, Regierung. Interdisziplinäre Perspektiven*, Wiesbaden: VS Verlag

„...the notion of constant capitalist regime changes exposes a shrinking of historical consciousness. It justifies forgetfulness.“ (Bonefeld 2010: 21)

1 Einleitung

Die nordatlantische Finanzkrise, die seit 2007 weite Teile der Weltwirtschaft in Atem hält, ist als fundamentale Hinterfragung der aktuellen wirtschafts- und geopolitischen Konstellationen gedeutet worden (Habbu 2011; Jessop erscheint 2013). Diese Einschätzung ist mit der Erwartung verbunden, dass die Finanzkrise soziales Lernen auslösen wird, dass also nicht nur bestehende wirtschaftspolitische Ansätze revidiert werden, sondern auch theoretische Annahmen darüber, wie Wirtschaft funktioniert.² So schien der Umstand, dass viele Regierungen zur Rezessionsbekämpfung auf quantitative Steuerung und Konjunkturlösungen zurückgriffen, das Comeback des Keynesianismus anzukündigen (Skidelsky 2009; Stiglitz 2008). Zerknirschtheitsadressen deuteten auf ein umfassendes Umdenken der Verantwortlichen hin.³ Ein *Green New Deal*, also ein mit sozial-ökologischen Nachhaltigkeitszielen verknüpftes staatliches Konjunkturprogramm, schien eine größere Chance auf Realisierung zu bekommen. In Deutschland wurde zudem der Wandel von ordnungspolitischen Leitbildern diskutiert – weg vom Wettbewerbsstaat zurück zum Sozial- und Interventionsstaat (Bieling 2010: 38). Die Sparhaushalte, die zur Bekämpfung der Staatsschuldenkrise verabschiedet und etwa in Großbritannien mit verstärkter Deregulierung verknüpft wurden, galten später wiederum als Beweis für die Rückkehr zu monetaristischen Konzeptionen und Neoliberalisierungsprogrammen (Taylor-Gooby/ Stoker 2011). Kurz, unterschiedliche Aussagen wurden als Anzeichen eines Wettstreits von Paradigmen gedeutet, der in einen Kurs- und Regimewechsel münden müsse.

Die Arrangements des Krisenmanagements lassen einen solchen Wechsel allerdings nicht erkennen. Unabhängig davon, bei welchen Paradigmen politische und ökonomische Akteure Anleihen nahmen – ihre Entscheidungen haben ein Regime fortgeführt, das die Krise mit verursacht hat: eine finanzorientierte Wirtschaftsordnung.⁴ In ihr sind wirtschaftliche Aktivitäten sowie damit verbundene soziale und politische Aktivitäten in unterschiedlichem Ausmaß durch globale Finanzmärkte vermittelt, deren Bewertungsmechanismen sich verselbstständigt haben (Finanzialisierung).⁵ Diese Entwicklung hat bestimmten Finanzakteuren Vormachtstellung verschafft und die Rolle von Regulierungsinstanzen verändert (Finanzdominierung).⁶ Das Krisenmanagement scheint diese Konstellation verfestigt und die Wechseldebatte wenig Veränderung zur Folge gehabt zu haben.

² Zur Diskussion von Peter Halls *policy paradigms* und der Unterscheidung von Politik- und Theorieparadigmen nach Wallis und Dollery vgl. Jessop (2008).

³ Vgl. etwa Alan Greenspans Erklärung vor dem US-Kongress, ihm sei ein Fehler in dem Model entgangen, das er angewendet habe; vgl. http://www.pbs.org/newshour/bb/business/july-dec08/crisishearing_10-23.html.

⁴ Der Begriff der „Wirtschaftsordnung“ ist breiter angelegt als der des Akkumulationsregimes oder Wachstumsmodells. Es geht um die Gesamtheit der Regeln, Institutionen und symbolische Repräsentationen, die wirtschaftliche Handlungsspielräume abgrenzen (Gabler 2010).

⁵ Finanzialisierung wurde insbesondere in den USA und Großbritannien vorangetrieben, durch: die Deregulierung von Banken- und Finanzaufsicht und Wechselkursen, niedrige Leitzinsen und die Popularisierung von privaten Kapitalanlagen und Verschuldung; und ein neoliberales Projekt, das die Ausweitung des Wettbewerbsprinzips, eine marktfreundliche rechtlich-konstitutionelle Ordnung sowie individuelle Freiheit propagierte (Boyer 2000; Krippner 2011). In Deutschland ist es plausibler, von einer finanzmarktorientierten Wirtschaft zu sprechen: wirtschaftliche und politische Aktivitäten orientieren sich am Finanzmarktgeschehen, Akkumulation beruht jedoch im Unterschied zu Großbritannien und den Vereinigten Staaten nicht vorrangig auf dem Finanzsektor (Becker 2011).

⁶ So hat sich die Aufgabe von Zentralbanken verändert: von der Unterstützung wirtschaftspolitischer Ziele von Regierungen zur Sicherstellung von Rahmenbedingungen zur Verwertung von privaten Geldvermögen (Altwater 2010: 87f).

Mehr noch, ich möchte behaupten, dass die Debatte über den Paradigmenwechsel paradoxerweise zur Fortschreibung der etablierten Wirtschaftsordnung beiträgt. Sie führt Alternativen ein wie etwa den Keynesianismus, um diese anschließend entweder zu dekonstruieren oder modifiziert in etablierte Vorstellungen von wirtschaftlicher Ordnung zu integrieren. Im deutschen Kontext zeigt sich das insbesondere in einer umfangreichen Debatte über den Staat. Er wird in seiner Interventionsfunktion rehabilitiert, zur Ausgleichung des Marktversagens. Dies wird als wesentliche Lehre aus verfehlten Plädoyers der Vorkrisenzeit für pauschalen Staatsrückzug bzw. Markteffizienz gesehen. Zugleich gilt ein über Notaktionen und zwischenzeitliche Wachstumsstimulierung hinaus engagierter Staat als überfordert. Die Krisensymptome der finanzorientierten Wirtschaftsordnung werden also in der gewohnten Sicht des überdehnten Staates eingeeht. Dies grenzt alternative oder umfassendere Sichten auf den Staat bzw. eine Problematisierung von Finanzorientierung aus. Diese These fußt auf einer Korpus- und Diskursanalyse von Meinungsbeiträgen, die Wirtschaftsjournalisten des *Handelsblatt*, der *Süddeutschen Zeitung (SZ)* und der *Financial Times Deutschland (FTD)* in den Jahren 2006-2010 zu makroökonomischen Themen veröffentlicht haben.⁷

Mit der inhaltlichen These von der Fortschreibung durch Wechselbehauptung ist eine methodologische verbunden. Veränderungen in wirtschaftspolitischen Diskursen werden wir nicht nachvollziehen können, wenn wir aktuell aufscheinende Forderungen registrieren und sie dem einen oder anderen wirtschaftstheoretischen oder wirtschaftspolitischen Programm zuordnen. Nötig ist eine Begrifflichkeit, die Distanz zu den in der aktuellen Debatte verwendeten Konzepten (also insbesondere zu „Paradigmen“) schafft; und eine Methode kritischer Lektüre, die zu einer komplexeren Erzählung anregt. Ich schlage vor, die Wechseldebatte nicht nur als Problemlösungsdiskussion aufzufassen, sondern als Moment der Imagination und *Legitimation* einer Wirtschaftsordnung. Solche Legitimation lässt sich in aktuellen Debatten anhand von gesellschaftlichen *Grundbegriffen* (Koselleck 1972) nachvollziehen, und zwar mit Hilfe einer kombinierten Korpus- und Diskursanalyse. Veränderungen und Kontinuität sind jedoch nur verlässlich zu registrieren, wenn wir die raum-zeitlichen Horizonte der Sprecher berücksichtigen, mit Hilfe einer *Periodisierung* der Krise (Jessop 2007).

Der Beitrag ist in sieben Teile gegliedert. Auf die Einleitung folgt eine Erläuterung der Fallstudie. Der dritte Abschnitt skizziert den Analyserahmen, der für die Textanalyse entwickelt wurde. Der vierte Abschnitt rekonstruiert mit Hilfe einer Periodisierung der nordatlantischen Finanzkrise die Zeithorizonte, die der Diskussion über das Krisenmanagement zugrunde lagen. Abschnitt fünf und sechs stellen Ergebnisse der Korpus- und der Diskursanalyse vor. Der siebte Abschnitt diskutiert abschließend die Eingangsthese.

2 Wirtschaftsjournalisten in der Krise: Erläuterungen zur Fallstudie

Gegenstand der Studie sind Kommentare von Wirtschaftsjournalisten, die sich in drei einschlägigen deutschen Printmedien als Beobachter von makroökonomischen Problemen hervorgetan haben: im *Handelsblatt*, der *Süddeutschen Zeitung (SZ)* und der *Financial Times Deutschland (FTD)*. Die insgesamt 2020 in den Jahren 2006-2010 veröffentlichten Kommentare wurden manuell ausgewählt; nach Ressort (Wirtschaftsressort, Meinungsseiten), Textgenre (Leitartikel, Kommentar, Kolumne), Autor (Leiter des Wirtschaftsressorts und ständige Wirtschaftskolumnisten) und Thema (Makroökonomie). Sie wurden korpuslinguistisch auf Wortverwendungen hin untersucht. Für die detaillierte Diskursanalyse wurden 32 Kommentare herangezogen, die als Krisenlektionen klassifiziert

⁷ Der Beitrag fasst Ergebnisse der deutschen Fallstudie des Projekts „A Cultural Political Economy of Crisis Management“ zusammen. Das Projekt wird von Prof. Bob Jessop an der Universität Lancaster geleitet und vom Rat für Wirtschafts- und Sozialforschung (ESRC) finanziert, vgl. http://www.lancs.ac.uk/cperc/research/great_transformations.htm. Dank für Anmerkungen gilt dem anonymen Gutachter, Bob Jessop, Mathis Heinrich, Jens Maeße und Julian Müller.

worden waren und den Begriff „Staat“ mehrfach enthielten.⁸ Illustrierende Beispiele sind der *FTD* entnommen, da sie Wechselwirkungen explizit aufgreift und verschiedene Positionierungen pflegt.

Der Begriff „Staat“ eignete sich aus mehreren Gründen als Auswahlkriterium. Er hatte Schlüsselstellung (*keyness*) in der Textsammlung, d.h. er war im Vergleich zu anderen Worten der Textsammlung sowie im Vergleich zu anderen Textsammlungen (Referenzkorpora) überrepräsentiert; seine Prominenz deutete auf eine „Staatsdebatte“ als übergreifendes Thema der Kommentare hin. Da außerdem die Begriffe „Markt“ und „Märkte“ prominent vertreten waren, lag die Vermutung nahe, dass diese Debatte auch Annahmen marktwirtschaftlicher Ökonomie verhandelte, in der „Staat“ und „Markt“ bzw. „Märkte“ als grundlegendes Begriffspaar fungieren.⁹ Die Analyse der Verwendung dieser Begriffe und ihrer partiellen Synonyme sollte deshalb zeigen, welche Verschiebungen in den Legitimationen von Wirtschaftsordnung während der Krise auftraten und ob sich ein Paradigmenwechsel in der Imagination wirtschaftlicher Ordnung abzeichnete.

Einschätzungen von Wirtschaftsjournalisten zur Krise versprachen besonders aufschlussreich zu sein. Wirtschaftsjournalisten popularisieren ökonomisches Fachwissen in der öffentlich-politischen Domäne und appellieren an eine wirtschaftspolitisch informierte vornehmlich nationale Leserschaft (Kjaer/ Slaatta 2007). Die über die Auswahlkriterien eingegrenzten Kommentatoren sind fast ausnahmslos in Volkswirtschaft ausgebildet und verstehen sich entweder als Erklärer von wirtschaftlichen Zusammenhängen (insbesondere *SZ*) oder als Experten, die Fachwissen in zugänglichen Analysen bündeln (insbesondere *FTD* und *Handelsblatt*). Aufgrund dieser Rolle genießen Ansehen bei Führungskräften in Unternehmen und Politik sowie bei Wissenschaftlern und Lesern der gebildeten Schichten.¹⁰ Die Deutungsautorität, die Wirtschaftsjournalisten dadurch zuwächst, nimmt während der Krise zu. Als „Krisendeuter“ der ersten Stunde sind sie der wissenschaftlichen, politischen und juristischen Aufarbeitung voraus und erteilen Lektionen in angemessenem Krisenmanagement.

Wirtschaftsjournalisten werden darüber hinaus zu jener transnationalen Gruppe von Akteuren gezählt, die vor der Krise die Finanzorientierung zusammen mit Globalisierung, dem Wettbewerbsprinzip und dem Staatsrückzug propagierten und nationale Wirtschaftspolitik vor diesem Hintergrund bewerteten (Mato 2008). Angesichts der Krise sind sie mit dem Vorwurf konfrontiert, dem Finanzmarktgeschehen unhinterfragten Raum zugestanden zu haben (Arlt/ Storz 2010; Imhof 2011; Tambini 2010). Sie müssen also ihre Begrifflichkeiten mit den Krisenentwicklungen in einer Weise in Einklang bringen, die innerhalb des informierten nationalen Publikums weiter verfängt und ihre Deutungsautorität wiederherstellt. Im folgenden Abschnitt wird erläutert wie so bedingte Krisenlektionen auf Legitimationen wirtschaftlicher Ordnung untersucht werden können.

3 Die Legitimation wirtschaftlicher Ordnung: Skizze eines Analyserahmens

Ausgangspunkt der Untersuchung ist die Annahme, dass Ökonomien, wie politische Ordnungen auch, Gegenstand und Produkt kollektiver Imagination sind. Was wir als wirtschaftliche Ordnung erfahren, ist die Reduktion einer unübersehbaren Vielfalt von disparaten, historisch und räumlich spezifischen

⁸ Als „Krisenlektionen“ gelten Kommentare, die Vokabular in Mehrfachnennung enthalten, das im vorliegenden Textkorpus eindeutig dem kognitiven Lernen zuzuordnen war (z.B. „Lehren ziehen“, „Fehler“, „gelernt“).

⁹ Sie markieren die Grenzen wirtschaftlicher Ordnung: "(...) the notion of the market economy implies that markets are the dominant, if not totally exclusive, mechanisms for coordinating economic activity. States, communities, and civil society are *a priori* excluded (...)" (Boyer 2007: § 4). Die Paradigmen orthodoxer Wirtschaftstheorie wie Klassik, Keynesianismus, Neo-Klassik, Neo-Keynesianismus etc. ziehen diese Grenzen jedoch unterschiedlich und messen dem Staat mehr oder weniger koordinierende Funktion zu.

¹⁰ Zu Mediendaten und Leserbefragungen zum Zeitpunkt der Untersuchung vgl. „Leseranalyse Entscheidungsträger in Wirtschaft und Verwaltung (LAE)“, <http://www.m-cloud.de/LAE2011/>. Die gewählten Zeitungen haben spezifische Adressaten und Blickwinkel: internationale Finanzen (*FTD*), Unternehmen in Handel, Gewerbe und Industrie (*Handelsblatt*), Kleinanleger und Konsumenten in der Mittelschicht (*SZ*, Wirtschaftsressort).

wirtschaftlichen Aktivitäten, die von einzelnen Transaktionen über verstetigte wirtschaftliche Organisationen, Netzwerke und Cluster hin zu makroökonomischen Regimen reichen. Durch bestimmte, mehr oder weniger institutionalisierte Diskurse bzw. nicht-diskursive Praktiken werden diese wirtschaftlichen Aktivitäten in ihrer Komplexität reduziert und in einen erfahrbaren Zusammenhang gebracht (Jessop/ Oosterlynck 2008: 1157f). Die nordatlantische Finanzkrise hat Komplexitätsreduktionen aufgebrochen, die jahrelang als unanfechtbar galten.

Die Versuche von Wirtschaftsjournalisten, die Krisensymptome zu deuten, stellen sich aus dieser Perspektive weniger als Diskussion von alternativen Problemlösungen dar denn als Versuch, die Kohärenz und Plausibilität wirtschaftlicher Imagination wiederherzustellen. Zur Debatte stehen nicht nur Ansätze des Krisenmanagements, sondern die Glaubwürdigkeit und Legitimität einer in die Krise geratenen ökonomisch-sozialen Formation. Insofern handelt es sich bei den Krisenlektionen der Wirtschaftsjournalisten auch um Akte der Legitimation: sie schreiben wirtschaftlicher Ordnung (in etablierter oder veränderter Form) über den Bruch hinweg praktische Angemessenheit und normative Würde zu (zum auf Weber aufbauenden konstruktivistischen Begriff der Legitimation vgl. Berger/ Luckmann 1966; Kutter/ Nonhoff forthcoming 2012).

Wie lassen sich solche Legitimationen erfassen? Folgt man Ansätzen der interpretativen Soziologie, geht es vor allem darum, Inhalte (Begriffe, Symbole, Narrative, Paradigmen, Imaginäres) zu identifizieren, die soziale Ordnung konzeptualisieren. So schlagen etwa Berger und Luckmann vor, die Legitimation sozialer Ordnung anhand von vier begrifflichen Dimensionen nachzuvollziehen (Berger/ Luckmann 1966: 112-115): spezifisches Vokabular; rudimentäre Formen von praktisch-theoretischen Aussagen wie Wendungen, moralische Maxime oder Lebensweisheiten; explizite Theoreme, die das spezifische Wissen eines bestimmten Bereiches institutionalisierter Praxis ausmachen; und symbolische Universen, die die theoretische Tradition einer institutionellen Ordnung in ihrer Gesamtheit konstituieren. In diesen vier Dimensionen wird disparaten institutionellen Prozessen Bedeutung im Sinne von Logik, Funktion und Dysfunktion zugeschrieben. Sie machen institutionelle Ordnung objektiv verfügbar und subjektiv erfahrbar (Berger/ Luckmann 1966: 82f, 111).

Die Imagination der institutionellen Ordnung, in der sich Wirtschaftsaktivitäten in Industrie- und Schwellenländern seit 20 Jahren primär organisieren, ließe sich entsprechend anhand des Vokabulars der „Wettbewerbs-“ oder „Investitionsfähigkeit“ erfassen. Sie wäre mit den operativen Begriffen von Wirtschaftssektoren und Wirtschaftspolitik zu beschreiben und dem disziplinären Wissen der Wirtschaftswissenschaften (bspw. neo-klassische Theorie) und Sozialwissenschaften (bspw. „Wissensgesellschaft“, „Risikogesellschaft“) in Verbindung zu bringen sowie mit dem symbolischen Universum des Marktes.¹¹ Solcherart begriffliche Kartierung vernachlässigt allerdings die Dynamik symbolisch-diskursiver Konstruktion, die mit gesellschaftlicher Auseinandersetzung um Begriffsbesetzungen einhergeht.

Diskurstheorien von Legitimation gehen umgekehrt vor. Anstelle von begrifflichen Inhalten untersuchen sie die Art und Weise, mit denen Sprecher in der öffentlich-politischen Domäne typischerweise Anerkennungswürdigkeit generieren. Sie identifizieren symbolische oder diskursive Strategien, die suggerieren, eine bestimmte Behauptung oder Komplexitätsreduktion sei angebracht und legitim; etwa durch Verweis auf Autorität (Autorisierung), Zweck- und Vernunftmäßigkeit oder Kausallogik (Rationalisierung), Werte (Moralisierung) oder aber durch implizitere Formen der Narration und Anspielung (Kutter erscheint 2013; Thompson 1990; Van Leeuwen/ Wodak 1999). Diese Herangehensweise erlaubt, Deutungskämpfe um Politikansätze und Wirtschaftsmodelle in ihrer Dynamik aufzudecken; sie verliert jedoch wiederum objektivierende Begriffe aus dem Blick. Die Kategorie des *Grundbegriffs* scheint mir geeignet, beide Momente von Legitimation zu erfassen.

¹¹ Rekonstruktionen solcher *economic imaginaries* finden sich z.B. in Sum (2009), Jessop (2008), Vogl (2010), Taylor (2004).

3.1 Grundbegriffe als Angelpunkt von Legitimation

In der deutschen Tradition der Begriffsgeschichte, ist der „Grundbegriff“ zentrale Kategorie einer linguistisch orientierten Sozialgeschichte. Ein Ausdruck der sozialen und politischen Sprache wird zu einem „Grundbegriff“, wenn er über einen gewissen Zeitraum die Fülle eines politisch-sozialen Bedeutungszusammenhanges insgesamt auf sich vereint bzw. wenn er die unterschiedlichen Termini, die einen gemeinsamen Sachverhalt bezeichnen, jenseits ihrer bloßen Bezeichnungsfunktion in ihren gemeinsamen Zusammenhang bündelt (Koselleck 1972: XXII f). So assoziiert der Begriff „Staat“ im Deutschen seit der Neuzeit Begriffe wie Herrschaft, Gebiet, Gesetzgebung, Rechtsprechung, Verwaltung, Steuer, oder Heer sowie Kontrastbegriffe wie Markt, Wirtschaft und (Zivil-)Gesellschaft. Seit dem 20. Jahrhundert verbindet sich mit ihm auch das Vokabular des Wohlfahrtsstaates und des politischen Systems im weiteren Sinne. In den wechselnden Komponenten dieses Wortfeldes, insbesondere aber in den jeweiligen historisch-spezifischen Verwendungen und metaphorisch-rhetorischen Verdichtungen, erschließen sich dem Staatsbegriff immanente Konnotationen, die mit sozialen Auseinandersetzungen und Bewegungen verknüpft sind. In der Kategorie des Grundbegriffs sind also sowohl die für eine Gesellschaft und einen Wissensbereich wesentlichen Begriffe als auch soziale Auseinandersetzungen erfasst.

In der Geschichtswissenschaft und der historischen Semantik interessieren Grundbegriffe als Indikatoren langfristiger Entwicklungen, die sich in Neologismen oder diskursive Makroereignissen wie der Neuzeit, des Fordismus, der sozialen Marktwirtschaft o.ä. manifestieren. Diskursanalysen zeitgenössischer Debatten verstehen Grundbegriffe dagegen vor allem als Verdichtungsmoment von aktuell verfügbarem kollektivem Wissen, das durch diachrone und synchroner Wortfeldanalyse erschlossen werden kann (Krzyzanowski 2010; Wengeler 2005). Auf dieses Verständnis baut dieser Beitrag auf. Allerdings geht es nicht darum, das Wortfeld des Grundbegriffes und Bedeutungsverschiebungen darin insgesamt zu erfassen. Vielmehr interessieren Grundbegriffe im Sinne der Sozialgeschichte Kosellecks als Angelpunkt von Legitimationen, die Akteure (hier Wirtschaftsjournalisten) anwenden wenn sie sozialer Ordnung Anerkennungswürdigkeit zumessen oder aberkennen. Zur Rekonstruktion von Legitimationen im Umfeld eines grundbegrifflichen Terminus bedarf es allerdings Verfahren, die Wortverwendungs- und Begründungsmuster in aktuellen Texten aufdecken. Im Folgenden werde ich zeigen, wie eine kombinierte Korpus- und Diskursanalyse für diesen Zweck eingesetzt werden kann.

3.2 Korpusanalyse als Mittel der syntagmatischen Wortfeldanalyse

Korpusanalyse bietet sich als Methode zur Exploration von Diskursveränderungen um Grundbegriffe an, da sie Bedeutungskonstitution an den Verwendungsmustern eines ausgewählten Wortes in einer konkreten Textsammlung (Korpus) festmacht (Tognini-Bonelli 2001: 4). Die unterschiedlichen deskriptiv-statistischen Ansichten, die korpuslinguistische Software von Worten in einer konkreten Textsammlung generiert, stellen vom Text abstrahierte Information über prominente Wortverwendungen bereit. Sie unterbrechen eine rein hermeneutische Lektüre und produzieren eine zusätzliche Interpretationsebene sowie Anhaltspunkte zur Hypothesenbildung und Fragenpräzisierung.¹² Als solcherart explorative Technik ermöglicht Korpusanalyse zwei Formen von Grundbegriffanalyse.

Mit Hilfe der Ansichten lassen sich erstens syntagmatische Beziehungen eines grundbegrifflichen Terminus in einer Textsammlung bestimmen in Bezug auf Lexik, Grammatik, Semantik und Pragmatik (Stubbs 2001: 24; 65).¹³ Die hier verwendete Software WordSmith zeigt solche Beziehungen an, und

¹² Korpusanalyse interessiert hier also weder als datengetriebene Methode, mit der Regeln des Sprachgebrauchs festgestellt werden können wenn die untersuchten Texte nach Prinzipien der Repräsentativität und Vollständigkeit zusammengestellt wurden (Gabrielatos 2007); noch als „objektive Methode“ zur Darstellung von Themenkonjunkturen innerhalb eines bestimmten Textgenres (Lexikometrie); und nur zweitrangig dient sie der begründeten Auswahl bzw. Kontextualisierung von Detailanalysen wie in der Diskurslinguistik praktiziert (Baker et al. 2008).

¹³ Unter Syntagma wird die syntaktische Anordnung von Elementen einer Sprache bezeichnet. Die Bedeutung des Wortes „Staat“ kann einerseits über seine (syntaktisch-lineare) Verwendung bestimmt werden, aufgrund

zwar in: konkreten Textstellen, die das Suchwort enthalten und auf eine übersichtliche Anzahl von syntaktischen Positionen begrenzt sind (*concordances*); in N-Grammen (*clusters*) und in Sortierungen von benachbarten Worten nach häufigster syntaktischer Position (*patterns*), die die Phrasen herausstellen, in denen das Suchwort enthalten ist; und in Frequenzlisten von Kollokaten (*collocates*), d.h. von regelmäßig mit dem Suchwort auftretenden Worten, die die prominentesten lexikalisch-thematischen Bezüge des Suchwortes indizieren. Tabelle 1 zeigt Konkordanzen aus Fragment 3, das im fünften Abschnitt diskutiert wird, sowie die häufigsten *clusters*, *patterns* und *collocates*, die im Untersuchungskorpus mit dem Suchwort „Staat“ auftauchen (vgl. Tabelle 1).

Tabelle 1 | Korpusgestützte Wortfeldanalyse mit Hilfe von WordSmith

	Zeigen...	Beispiele
Concordances	den unmittelbaren Ko-Text des Suchwortes	...können stets auf die Hilfe des Staates hoffen... ...eine Art unsichtbare Hand des Staates ...
Clusters	das Suchwort enthaltende häufige Phrasen	wenn der Staat; muss der Staat; Hand des Staates; Vater Staat; Hilfe vom Staat
Patterns	das Suchwort einbindende syntaktische und grammatische Konstruktionen, hier: Modalsätze, Attribute, Objekte	muss starken Staat hat Geld soll deutschen Staat muss Milliarden sollte Vater Staat kann Banken
Collocates	in einer bestimmten Wort-Spanne mit dem Suchwort auftretende Worte bzw. thematischer Kontext	Geld; Banken; Milliarden; Euro; Wirtschaft; helfen; Hilfe; einspringen; gerettet; Hand; Vertrauen; Vater; Rückzug

Mithilfe dieser Ansichtstechniken lassen sich die in einem Korpus vorkommenden Lesarten eines Wortes auszumachen (z.B. „Staat“ als Hoheitsgebiet vs. „Staat“ als wirtschaftspolitische Regierung) sowie partiell synonyme Begriffe (z.B. „Politik“) und auf Intertexte verweisende Phrasen (z.B. „Vater Staat“).

Frequenzlisten von Worten (*wordlists*, *keywords*) sind eine zweite Methode korpusgestützter Grundbegriffanalyse. Sie zeigen die relative Schlüsselstellung von Worten in einem konkreten Korpus auf – relativ zur Gesamtheit der Worte bzw. Token in der Textsammlung oder zu Referenzkorpora. Indem man die relative Prominenz eines bestimmten Wortes und seiner Verwendungen identifiziert, erschließt man sich eine erste Übersicht über die mit diesem Wort verbundenen Themen sowie ihre Verteilung. Auf Teilmengen eines Korpus angewendet, die verschiedene Zeiträume zwischen einschlägigen wirtschaftlichen und politischen Ereignissen abdecken, zeigen Wortlisten und Schlüsselwortlisten auf, welche Worte wann überdurchschnittlich häufig oder selten auftauchen, im Vergleich zum Gesamtkorpus oder zu vorangehenden und nachfolgenden Perioden (vgl. Abbildung 1).

Zweifelsohne gibt es stärker automatisierte bzw. analytisch-statistisch ausgefeilte Verfahren, die eine vollständigere und exaktere Darstellung erzielen als die hier aufgeführten Grundfunktionen von WordSmith (Mehler et al. 2011; Scholz in diesem Band). Für die Exploration von Grundbegriffen ist jedoch entscheidender, zusätzlich herauszufinden, in welche Legitimationsstrategien diese Wortverwendungen eingebunden sind.

der mit ihm auftretenden Worte, Phrasen und Sätze (Syntagma), andererseits durch seine Gegenüberstellung mit partiell synonymen Worten wie „Gebiet“, „Herrschaft“, „Regierung“, oder partiell antonymen Worten wie „Markt“, „Gesellschaft“ etc. (Paradigma).

3.3 Diskursanalyse von Legitimationsstrategien

Im Unterschied zur Korpusanalyse operiert die linguistische kritische Diskursanalyse mit Texten anstelle von Worten als Untersuchungseinheit. Sie untersucht, wie Bedeutung durch linguistische Strukturen eines Textes und den Kontext der Artikulation konstituiert wird (Fairclough/ Wodak 1997). Besetzungen eines Grundbegriffs erschließen sich dann nicht nur über dessen syntagmatische Beziehungen in einer Textsammlung, sondern über Strategien der Begründung und Suggestion, die sich durch einen oder mehrere, den grundbegrifflichen Terminus enthaltende Texte ziehen. Legitimationen sind diese „diskursiven Strategien“ insofern als sie durch Rückgriff auf eine Vielzahl mikro-textueller Formen eine bestimmte Darstellung, Argumentation und/oder Plausibilisierung eines öffentlichen Sachverhalts erzielen und eine bestimmte institutionelle Ordnung als geboten oder selbstverständlich nahelegen (Kutter/ Nonhoff forthcoming 2012).

Insbesondere vier Typen argumentativer Strategien wird legitimierender Effekt zugeschrieben: Begründungen, die auf personale Autorität (Wirtschaftstheoretiker, Think Tanks etc.) oder unpersönliche Autorität verweisen (Recht, Regeln, Gewohnheit, Erfahrung); die eine Begründung mit Verweis auf Notwendigkeit, Nützlichkeit oder durch wissenschaftliche Rationalisierungen (Definitionen, Theoreme) substantiieren; oder aber mit expliziter Erwähnung bestimmter Werte bzw. mit impliziter Evokation von Werturteilen moralisch untermauern (Van Leeuwen/ Wodak 1999). Weniger explizite Formen der Legitimation finden sich in „Strategien der Plausibilisierung“ (Kutter erscheint 2013, Kap. 3), die scheinbar schlüssige Verbindungen zwischen Propositionen herstellen, etwa durch Narration, Illustration, Wortspiel, Anspielung, Evokation oder Präsupposition (vgl. auch Wodak 2007).

4 Periodisierung der Krise: zur Rekonstruktion von Zeithorizonten

Historische Begriffsanalysen setzen überlieferte Epochenwenden als wesentliche zeit-räumliche Horizonte voraus, etwa die Neuzeit oder die Industrialisierung. Sie nehmen an, dass sich Grundbegriffe an der Schwelle dieser Epochen konstituieren oder grundlegende Reformulierung erfahren (Koselleck 1972). Die Analyse von grundbegrifflichen Bedeutungsverschiebungen in zeitgenössischen wirtschaftspolitischen Debatten erfordert dagegen die Rekonstruktion von aktuellen Konjunkturen, in denen sich politisch-ökonomische Bedingungen verschieben und für unterschiedliche Akteure neue Horizonte eröffnen oder verschließen. Solche Horizonte lassen sich durch Periodisierung identifizieren. Damit ist die Sequenzierung von Ereignissen und Handlungen nach Phasen gemeint, in denen die relative Kontinuität eines Akkumulationsregimes problematisch wird und ihre strukturelle Kohärenz zerbricht:

„Der Bruch kann dabei eine Logik haben (wie etwa in den neoliberalen Programmen der Strukturanpassung, die den Entwicklungsländern auferlegt wurde) und/oder als experimentelle Übergangsphase fungieren, in der verschiedene Kräfte um zukünftige Muster struktureller Kohärenz kämpfen (etwa um neue Akkumulationsstrategien nach der ‚Asienkrise‘).“ (Jessop 2007: 256).

Aus heutiger Perspektive scheint die nordatlantische Finanzkrise eine Übergangsphase, in der die Kohärenz von finanzorientierter Akkumulation erschüttert und zum Gegenstand widerstreitender Strategien wird. Dabei verändert der Lauf der Ereignisse ständig die Grundlage für „Krisen-Epidemiologien“, also die Grundlage für das Ermessen, wann eine neue Krisenentwicklung Gestalt angenommen hat, wie gravierend sie ist und wie ihr begegnet werden soll.¹⁴ Wie lassen sich Phasen der Krisen-Epidemiologie ausmachen, in denen sich Interpretationshorizonte möglicherweise verschieben?

Eine Chronologie ordnet Ereignisse und (Interpretations-) Handlungen auf einer linearen Zeitachse an, nach vorgegebenen Zeitintervallen, in einer einfachen Erzählung von Sukzession und

¹⁴ Ich danke Bob Jessop für den Hinweis auf die Analogie zwischen Repräsentationen der Finanzkrise und medizinischer Epidemiologie.

Gleichzeitigkeit. Eine Periodisierung dagegen konstruiert die Abfolge von Phasen nach bestimmten, aus dem Zeitfluss abstrahierten Kriterien, die für das praktische und theoretische Vorhaben relevant sind und der Temporalität des untersuchten Phänomens Rechnung tragen (etwa Wirtschaftszyklen, Diskursereignisse, *longue durée*). Sie orientiert sich an einem theoretischen Erklärungsrahmen und nutzt verschiedene Zeitskalen und Perspektiven auf das Phänomen, um eine komplexe Erzählung zu schaffen (Jessop 2007: 256-258). Entscheidendes Kriterium für die Abgrenzung von Perioden für die hier untersuchten Krisenlektionen war die Wahrscheinlichkeit, mit der Ereignisse wirtschaftlicher Entwicklung als krisenrelevant in die öffentliche Debatte eingehen und einen Bruch oder eine Eskalation markieren und eine neue Herangehensweise im Krisenmanagement nahelegen würden (im Anschluss an Hay 1999). Ausgehend von diesen Annahmen und durch Rückgriff auf Sekundäranalysen und ökonomische Daten, lässt sich eine Periodisierung der nordatlantischen Finanzkrise erstellen, die sechs Phasen der Krisenentwicklung und des Krisenmanagements abgrenzt (vgl. Tabelle 3).¹⁵

Den Anfang setzt diese Periodisierung in der Vorkrisenzeit als in den USA und Großbritannien die goldenen Zeiten der ausgeglichenen Konjunktur herrschten (*Great Moderation, Goldilocks Economy*) und in vielen kontinentaleuropäischen Ländern die Normalität des Standortwettbewerbs bei geringem Wachstum (2006/01-2007/02). Einbrüche in amerikanischen Immobilienpreisen (Höhepunkt 2006) erschienen während dieser ersten Phase als eine lokal platzende Blase: aufgrund gestiegener Leitzinsen konnten einkommensschwache Schuldner ihre Kreditraten nicht mehr zahlen, es kam zu einer Welle von verlustreichen Hausverkäufen und Zwangsversteigerungen. Zahlungsausfälle bei Hypothekenkrediten dieser Schuldnergruppe (*Subprime*-Kredite) führten zu Abwertungen und Verlusten auf den Hypotheken- und Kapitalmärkten, auf denen diese Kreditforderungen direkt oder in mehrfacher Verbriefung gehandelt wurden (Höhepunkt Frühjahr 2007).

Damit setzt die zweite Phase ein, die der Krisenentwicklungen auf den internationalen Finanzmärkten (2007/02-2008/08). Entscheidend für die Eskalation waren weniger die Zahlungsausfälle bei *Subprime*-Krediten selbst als vielmehr die mit der *Subprime*-Krise entstehenden Unsicherheiten über versteckte Risiken im System der Verbriefungen, die Verlässlichkeit der Bonitätsbewertung von Ratingagenturen, und über faule Bankbilanzen (Sinclair 2010: 101). Unsicherheiten über faule Bilanzen und brachten den Interbankenmarkt zum Erliegen und Finanzinstitute in vielen Ländern in Liquiditätsengpässe (Höhepunkt Juli-August 2007). Notenbanken und Regierungen in den betroffenen Ländern steuerten mit Leitzinssenkungen entgegen und stützten oder verstaatlichten zahlungsunfähige Finanzinstitute (etwa *IKB* und *Sachsen LB* in Deutschland im Juli 2007, *Northern Rock* in Großbritannien im Februar 2008, *Bear Stearns* in den USA im März 2008). Diese Einzelfall-Lösungen waren zunächst ganz darauf ausgerichtet, die Immobilien- und Kreditblase einzudämmen bzw. die Folgen ihres Platzens zu kontrollieren.

Drohende und tatsächliche Insolvenzen volkswirtschaftlich bedeutsamer Finanzinstitute wie *Fanny Mae*, *Freddy Mac*, *Lehman Brothers* und *AIG* in den USA legten jedoch nahe, dass nationale Finanzsektoren und das globale Finanzsystem insgesamt in Gefahr waren. Sie lösten Panik aus, eine dritte Phase (2008/09-2008/11). Sie war durch hohe Börsen- und Währungsverluste (Höhepunkt Oktober 2008), Kreditklemmen und Pleiten vieler Kreditinstitute gekennzeichnet. Je nach Land, Region und Wachstumsmodell hatte der Krach unterschiedliche Ausprägungen und erfasste den Finanz- und Immobiliensektor (finanzialisierte Ökonomien), in Folge von Kapitalrückruf und Währungsverlusten auch öffentliche Finanzen (peripher-internationalisierte Ökonomien), oder mit einbrechenden internationalen Absatzmärkten zusätzlich die Produktion (exportorientierte Ökonomien) (Becker 2011). Hektische Interventionen von Notenbanken, Regierungen und

¹⁵ Die Phasenunterteilung orientiert sich an der Periodisierung, die Bob Jessop und Michael Farrelly für die USA und Großbritannien auf Grundlage von Wirtschaftsdaten erstellt haben; integriert allerdings Informationen für andere europäische Ökonomien aus ländervergleichenden Studien, Berichten von deutschen Wirtschaftsforschungsinstituten und populären Chronologien.

internationalen Gremien richteten sich auf die Stabilisierung von internationalen Finanzmärkten, nationalen Finanzsektoren und insolventen Staaten in der EU-Peripherie; sowie auf kurzfristige Konjunkturlösungen.

Diese Aktionen leiteten eine vierte Phase der Normalisierung ein (2008/12-2009-03). Die Volatilität auf den Finanzmärkten ging zurück; überlebende Banken konsolidierten ihre Geschäfte und gingen zum *business as usual* über; während Regierungen auf erste Erfolge bei der Überwindung von Liquiditätsengpässen im nationalen Finanzsektor verwiesen und Aufräumarbeiten angingen. Dazu gehörten die Einsetzung von Untersuchungskommissionen und Aufsichtsbehörden, Initiativen für eine angepasste Regulierung von Banken und Finanzmärkten, krisenbegrenzende Geldpolitik und in den Ländern mit IWF-Garantien die Umsetzung der Spar- und Reformauflagen. Maßnahmen zur Finanzmarktstabilisierung schienen weiterhin dazu geeignet, die Krise insgesamt in den Griff zu bekommen.

Tabelle 2 | Zeithorizonte der nordatlantischen Finanzkrise¹⁶

Phasen	Zeitraum	Hauptmerkmal
1	2006-01 bis 2007-01	Ausgeglichene bzw. mäßige Konjunktur
2	2007-02 bis 2008-08	Krisenentwicklungen auf den Finanzmärkten
3	2008-09 bis 2008-11	Panik
4	2008-12 bis 2009-03	Normalisierung im Finanzsektor
5	2009-04 bis 2010-02	Krise der Realwirtschaft, Krise der Staatsfinanzen
6	2010-03 bis 2010-12	Staatsschuldenkrise, Euroraum-Krise

Dies änderte sich erst zu Beginn des Jahres 2009 als viele Volkswirtschaften in anhaltende Rezession gerieten, mit starken Produktionsrückgängen, Verknappung in Firmenkrediten und sinkenden Investitionen, Firmenpleiten sowie steigender Arbeitslosigkeit. Diese fünfte Phase lässt sich als Krise der Realwirtschaft bezeichnen bzw. als Phase, in der sich das Krisenmanagement auf Rezessionsbekämpfung konzentrierte (2009/04-2010/02). Die Krise war in Ausmaß und Dauer regional unterschiedlich und wurde mit z.T. gegensätzlichen Programmen angegangen (Konjunkturpakete vs. Sparhaushalte). In Folge von schrumpfenden Steuereinnahmen, für den Finanzsektor eingegangenen Verbindlichkeiten und Konjunkturlösungen gerieten die öffentlichen Finanzen auch in jenen Ländern aus dem Lot, die von dem Finanzmarktcrash bisher wenig betroffen waren. Gegen Ende 2009 war die Staatsverschuldung in einigen europäischen Ländern so stark angestiegen, dass die Refinanzierung ohne Hilfe von Dritten fraglich wurde.

Dies leitete eine sechste Phase ein, in der sich das Krisenmanagement an der Abwertungsdynamik von Staatsanleihen orientierte (2010/03-2010/12). Entscheidend für die Entwicklung der angespannten Haushaltslage in eine „Staatsschuldenkrise“ war, dass die Renditeerwartungen auf Staatsanleihen unterschiedlich stark sanken bzw. Risikoprämien auf Staatsanleihen unterschiedlich stark stiegen – je nachdem, wie künftige Verbindlichkeiten von Staaten sowie die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Volkswirtschaften und Finanzsektoren eingeschätzt werden.¹⁷ Im Euroraum, dessen Mitglieder zuvor ungeachtet unterschiedlicher Kreditwürdigkeit ähnliche

¹⁶ Die Originalbezeichnungen lauten: Goldilocks Economy (1); Financial Crisis Emerges (2); The Moment of Panic (3); Financial Normalization (4); Crisis in Real Economy (5); Sovereign Debt and Fiscal Crisis (6).

¹⁷ "...sovereign spreads [i.e. the difference in risk premiums that reflects the difference between the yield on a country's bond issue and the yield on a comparable bond issued by a benchmark country such as the United States or Germany] essentially reflect the risk of default which tends to increase with the ratio of public debt to GDP." (Mody/ Sandri 2012: 207).

Risikoprämien für Staatsanleihen gezahlt hatten, destabilisierten die zunehmenden Divergenzen die gemeinsame Währung. Als sich im März 2010 abzeichnete, dass die Abwertungsdynamik die Kreditaufnahme für Griechenland unbezahlbar machen würde und auch Portugal, Irland und Spanien unter Druck setzte, legte sich die Eurogruppe darauf fest, mit Notbürgschaften und Notkrediten für zahlungsunfähige Mitgliedstaaten bzw. ihre Banken entgegenzusteuern. Sie waren mit Spar- und Restrukturierungsaufgaben verbunden und durch quantitative Steuerung der EZB flankiert. Außerdem sollte eine Reform des Euro-Stabilitätspaktes die Konstruktionsfehler der Währungsunion beheben und die Spekulation auf Staatspleiten und den Euro eindämmen (Dăianu 2011).

Die Krisenentwicklung der deutschen Wirtschaft bzw. das Krisenmanagement der Bundesregierung hebt sich von dieser Periodisierung ab. Vor dem Krach im Herbst 2008 war die deutsche Wirtschaft nur mittelbar in die Krisenentwicklungen involviert. Die Zeit der Normalität vor den Turbulenzen war nicht durch ausgeglichenes Wachstum gekennzeichnet, sondern, wie in anderen kontinentaleuropäischen Ländern, durch Stagflation und wettbewerbsorientierte Strukturreform. Die Finanzkrise kündigte sich erstmals im Sommer 2007 an als in Folge der Kreditklemme auf internationalen Kapitalmärkten die *IKB Industriebank* und die *Sachsen LB*, ab 2008 auch *West LB*, *Landesbank Baden-Württemberg*, *Bayern LB* und *HSH Nordbank* angekaufte Kreditforderungen nicht refinanzieren konnten (zur Krisenanfälligkeit der Landesbanken vgl. Schrooten 2009). Das Ausmaß der Verstrickung auch großer deutscher Universalbanken offenbarte sich aber erst mit der Insolvenz von *Lehman Brothers*. Bankenkrise und Einbrüche auf den Absatzmärkten stürzten die exportorientierte deutsche Wirtschaft ab November 2008 in eine schwere Rezession. Im Unterschied zu den meisten europäischen Ländern erholte sich die Konjunktur in Deutschland jedoch bereits im Herbst 2009 und blieb relativ stabil. Die Exporte, nun zum Teil nach Südostasien verlagert, stiegen wieder an, Bedingungen für Firmenkredite wurden gelockert, die Arbeitslosigkeit sank auf historischen Tiefstand, und deutsche Staatsanleihen erhielten Bestnoten als sichere Anlagen. Die Krise war also nur für kurze Zeit eine unmittelbare Gefahr für die deutsche Volkswirtschaft als der internationale Finanzkrach, nationale Bankenkrise und Rezession zusammentrafen.

Es ist also anzunehmen, dass sich in Deutschland andere Problemwahrnehmungen und Maßnahmen des Krisenmanagements herausbildeten als etwa in Großbritannien oder den USA. In der Tat gingen Bundesregierung und Wirtschaftsforschungsinstitute noch im Sommer 2008 davon aus, dass die Krise auf den Finanzsektor begrenzt bliebe. Rettungsmaßnahmen beschränkten sich auf von der Insolvenz bedrohte Finanzinstitute, insbesondere *Hypo Real Estate* und *Bayern LB*. Sie wurden erst auf Druck von internationalen Partnern sowie von Gewerkschaften und Arbeitgebern durch ein Programm für kleine und mittelständische Unternehmen im November 2008 und durch ein Konjunkturpaket im Januar 2009 ergänzt, das Subventionen für Kurzarbeit und Weiterbildung, für grüne Technologien und Elektroautos, sowie Anreize für Automobilabsatz vorsah. Zugleich untermauerte die Regierungskoalition ihr Bekenntnis zur Angebotsorientierung und Sparpolitik, indem sie im Frühsommer 2009 eine Verfassungsänderung durchsetzte, die einen Grenzwert für die Verschuldung des Bundes- und der Länderhaushalte („Schuldenbremse“) festlegte (Hübner 2012: 164). Die Euroraumkrise ließ sich vor dem Hintergrund dieser Maßnahmen und der aufholenden Konjunktur als Staatsschuldenkrise der anderen darstellen, die vor allem auf mangelnde fiskalische Disziplin zurückzuführen sei.¹⁸ Entsprechend beharrte die Bundesregierung auf der „Nichtbeistandsklausel“ des EU-Vertrags. Im Verbund mit der Troika (IWF, EZB, Europäische Kommission) trieb sie Sparprogramme für die Schuldnerländer voran und drang auf striktere Kontrollen im Euro-Stabilitätspakt.

Die hier untersuchte Finanzpresse folgt allerdings nicht der Krisen-Epidemiologie der Bundesregierung. Die Zeithorizonte der wirtschaftsjournalistischen Beobachter decken sich weitgehend mit den identifizierten Krisenperioden. Im Frühjahr 2007 entwickelte sich in der

¹⁸ Diese auch in der Boulevard-Presse populäre Darstellung blendet die komplexe Rolle aus, die die deutsche Wirtschaft sowie deutsche EU-Politik innerhalb des Währungsraums vor und während der Krise innehatte (zur Diskussion vgl. Young/ Semmler 2011).

Finanzpresse bereits eine Krisendebatte: der Verfall in amerikanischen Immobilienpreisen, verschlechterte Indikatoren auf dem amerikanischen Hypotheken- und Kreditmarkt, durch Staatshilfen abgewendete Insolvenzen von Banken und Versicherungen und die global ausgreifende Kreditklemme wurden als Anzeichen einer eskalierenden Finanzkrise gedeutet und Maßnahmen zu ihrer Eindämmung diskutiert. Ab dem Moment der Panik bis zum Ausbruch der Staatsschuldenkrise (dritte bis fünfte Phase) richtete sich die Aufmerksamkeit auf die Akteure und Maßnahmen des nationalen und internationalen Krisenmanagements. Damit einher ging die Diskussion von angemessener Staatsintervention und Regulierung sowie um neue Exit-Strategien für unterschiedliche Volkswirtschaften. Die Debatte über Sinn und Unsinn von Sparhaushalten, die in vielen Rezessionsländern vorherrschend wurde, fand in der deutschen Finanzpresse nur im Sommer 2009 ein kurzes Echo, als die Regierung mit Verweis auf die Krise und Generationengerechtigkeit die „Schuldenbremse“ durchsetzte. Stattdessen widmeten sich die deutschen Kommentatoren zunehmen der Griechenland- und Euroraum-Krise und äußerst kritisch dem deutschen Krisenmanagement (sechste Phase).¹⁹

Die Krisen-Epidemiologie der Finanzjournalisten war also international „getaktet“. Ihr Kommentar galt den internationalen und – davon abgeleitet – nationalen Entwicklungen. Im Folgenden lasse ich deshalb die sechs Krisenperioden als wesentliche Zeithorizonte der Finanzjournalisten gelten. Der nächste Abschnitt wird zeigen, ob sich in diesen Phasen Grundbegriffe und ihre Kontextbedeutung veränderten.

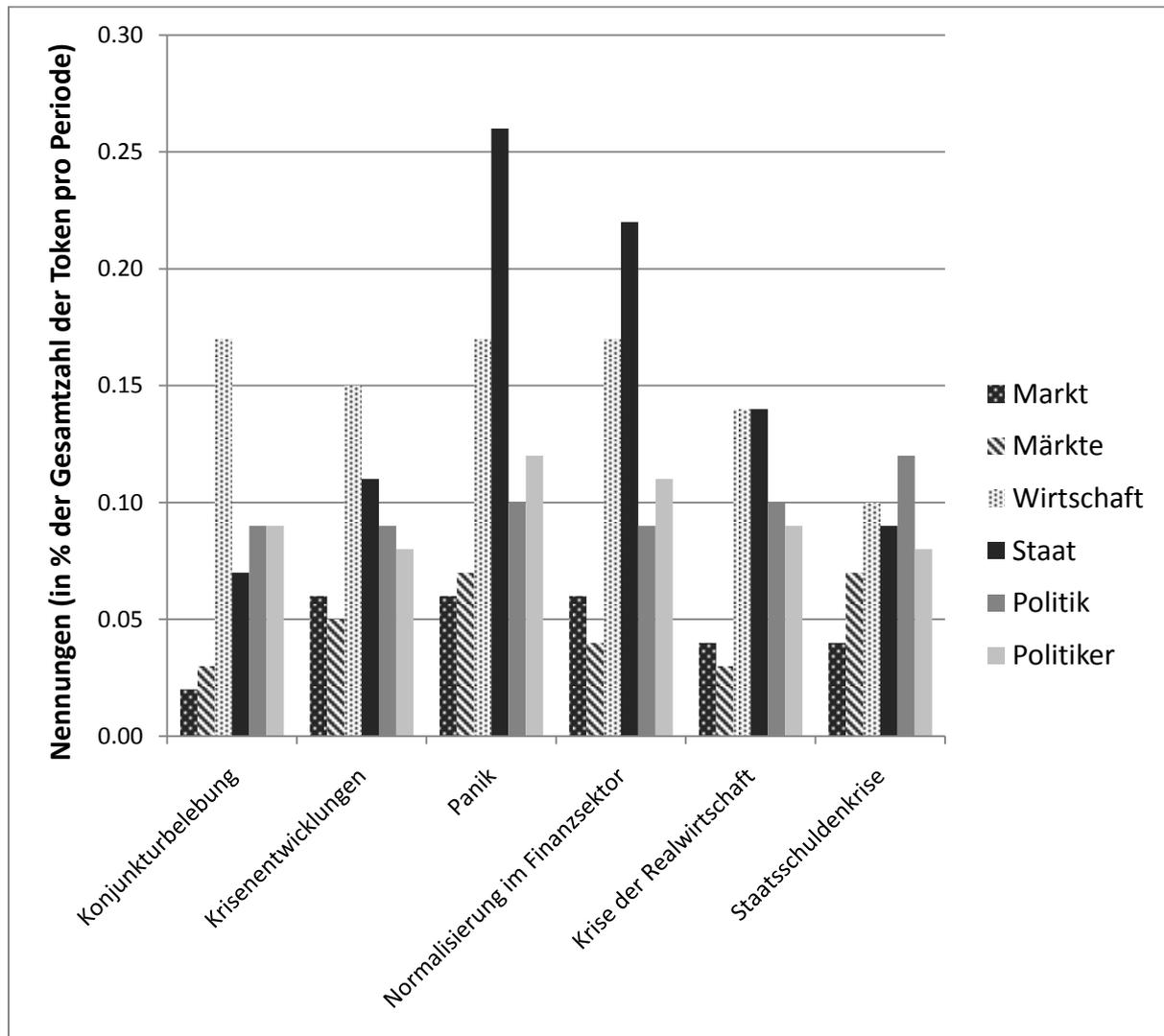
5 Rückkehr des Staates? Ergebnisse der Korpusanalyse

Ziel der Korpusanalyse war es, herauszufinden, wie das Bedeutungsfeld des Grundbegriffs „Staat“ – als wesentliche Größe marktwirtschaftlicher Imagination – im Untersuchungskorpus konstituiert ist. Die Untersuchung sollte zeigen, ob sich zwischen den Krisenperioden Veränderungen ergeben, die auf einen konzeptionell-paradigmatischen Wandel hindeuten. Die einfache Konkordanz-Analyse des Terminus „Staat“ ergab, dass „Staat“ regelmäßig mit Worten auftritt, die Phänomene oder kollektive Akteure repräsentieren, die dem Staat entweder zugeordnet sind, wie „Politik“ oder „Politiker“, oder die ihm gegenübergestellt sind wie „Wirtschaft“ und „Markt“ oder „Märkte“. Auf ihre Verteilung über die unterschiedlichen Krisenperioden hinweg untersucht, zeigte sich, dass diesen Begriffen je Phase unterschiedliche Aufmerksamkeit zugemessen wird. Abbildung 1 stellt den Anteil jedes untersuchten Begriffs an der Gesamtzahl der Worte des Korpus je Phase dar.²⁰ Zu Beginn der Krise treten sowohl „Märkte“ als auch „Staat“ stärker in den Vordergrund. Mit der Panik-Periode jedoch nehmen Nennungen des „Staates“ weit überhand. Erst mit Beginn der Staatsschuldenkrise (sechste Phase) ändert sich das Bild: der „Staat“ scheint gegenüber der „Politik“ zurückzutreten.

¹⁹ Dieser Befund ist Ergebnis einer verglichen Korpusanalyse, die ich für Schlüsselworte pro Periode durchgeführt habe (Kutter 2012). Dank gilt Hagen Hirschmann von der Korpuslinguistik an der Humboldt Universität Berlin, der uns auf Grundlage des deWaC-Korpus (vgl. <http://wacky.sslmit.unibo.it/doku.php>) eine Liste von Worten erstellt hat, die keine für uns wichtige Inhaltsinformation trugen (alle Wortformen außer Substantiven, Adjektiven, Pronomen und Verben). Nach Ausschluss dieser Worte aus der Berechnung und Darstellung ließ sich der Wandel in den Debattenthemen besser nachvollziehen.

²⁰ Dargestellt ist die relative Häufigkeit eines Begriffs in allen Beugungsformen im Vergleich zur Gesamtzahl der Worte/Token eines phasen-spezifischen Sub-Korpus.

Abbildung 1 | Verteilung des Begriffspaares Markt/Staat und partieller Synonyme



Worum geht es bei diesen Nennungen? Die qualitative Korpusanalyse von Konkordanz, Kollokationen, Clusters und Patterns der Begriffe deckte auf, dass „Wirtschaft“ ausschließlich als Phänomenbereich und meistens in Hinblick auf die Konjunktorentwicklung einer nationalen Volkswirtschaft thematisiert wird; der kollektive Akteur „Wirtschaft“ als Paarbegriff von „Politik“ bleibt unbenannt. Die Analyse von Komposita von „Markt/Märkte“ zeigte, dass sich die Aufmerksamkeit vom Arbeits- zum Finanzmarkt verschiebt und von Aktien- zu Kapital- und Kreditmärkten. Der „Markt“ bleibt aber sowohl in seiner Bedeutung als Ort des Tauschhandels im Allgemeinen als auch als Kerninstitution der Marktwirtschaft („freier Markt“) unreflektiert. „Markt“ und „Märkte“ erscheinen lediglich als Schauplatz von Krisenereignissen. Hier sind Vorgänge verortet, die sich entweder durch Nominalisierung („an den Märkten wird befürchtet“) oder durch personifizierend-abstrahierende Synekdoche („die Märkte spielen verrückt“, „der Markt hat versagt“) konkreter Verantwortlichkeit entziehen.

Der „Staat“ dagegen wird mit Beginn der Stützungskäufe und Verstaatlichungen zu einer Hauptreferenz der Krisenlektionen. Er tritt ausschließlich in seiner Bedeutung als (nationale) Regulierungsinstanz, nicht etwa als politisches System oder Gemeinwesen in den Vordergrund. Im Unterschied zum „Markt“ und den „Märkten“ erscheint er als verantwortlicher Akteur mit Pflichten und Grenzen (Modal- und Finalsätze dominieren), Objekten (Banken, Finanzbranche, Unternehmen, Bürger) und materiellen Kapazitäten (Geld, Milliarden, Dollar, Euro). Erst mit der Euroraum-Krise

nehmen wieder Nennungen von „Politik“ überhand, und zwar in der Bedeutung des kollektiven Akteurs.

Was genau wird hier verhandelt? Der Vergleich der Kollokationen, Clusters und Patterns von „Staat“ in den jeweiligen Phasen legt nahe, dass sich die Bedeutung des „Staates“ je nach Krisenphase wandelt, und zwar in Bezug zur Bedeutung des „Marktes“ (vgl. Tabelle 3).

Tabelle 3 | Ko-Text Staat/Markt pro Krisenperiode

	Phase 1	Phase 2	Phase 3	Phase 4	Phase 5	Phase 6
Staat (Kollokationen)	Steuern	der deutsche und der amerikanische Staat; Geld, Milliarden, Euro, Kosten; Wirtschaft, Banken, Bürger, Markt, IKB; eingreifen, helfen	Banken, Geld, Bank, gerettet, einspringen	Banken, Geld, Unternehmen, Milliarden, Regierungschefs, Wirtschaft, helfen	Regierungschefs, Banken, Geld, Milliarden, helfen, Frage, gerettet, Krise, Markt, Unternehmen	Euro, Regierungschefs, Geld, Banken
Staat (Wortverbindungen)		Ruf nach dem Staat	Hand des Staates Vater Staat Rückzug des Staates	Geld vom Staat Verhältnis von Staat und...	am Tropf des Staats Einstieg des Staates Staat einspringen muss	privat vor Staat
Staat (Attribute)	..schlank	..stark	...stark		..dumm, planlos, verführt, schlank	
Markt (Attribute)	...ist schlauer	...versagt	..ist kaputt	..funktioniert wenn er straft	Selbstheilungskräfte versagen	

In der ersten Phase, der Normalität der mäßigen Konjunktur, wird der „Staat“ im Zusammenhang mit den Steuerreformen diskutiert, die die gerade angetretene konservativ-sozialdemokratische Koalition angesichts eines mäßigen Aufschwungs plant. Er assoziiert das Attribut „schlank“, während der „Markt“ als „schlau“ erscheint. Mit beginnenden Krisenentwicklungen und staatlichen Interventionen (zweite und dritte Phase) tritt dem Marktversagen ein „starker Staat“ entgegen. In Reaktion auf fortgesetzte Stützungskäufen und Subventionen während der Normalisierungsphase (vierte Phase) wird allerdings die Notwendigkeit der Marktberreinigung wieder hervorgekehrt. Während der Krise der Realwirtschaft und der beginnenden Staatsschulden-Krise sowie EU-weiter Koordinierung steht dann das Scheitern sowohl des Marktes (vgl. „Selbstheilungskräfte versagen“) als auch des „Staates“ im Vordergrund. In dieser fünften Phase gilt der „Staat“ als dumm, plan- und willenlos, und die Idee des „schlanken Staates“ tritt erneut hervor. Haben wir es hier mit dem Aufstieg und Fall des Interventionsstaats zu tun, mit der Wiedereinsetzung der nationalen Steuerungsebene als positive oder negative Bezugsgröße? Die Wortverbindungen, die regelmäßig mit dem Begriff „Staat“ auftauchen, regen an, der Sache weiter nachzugehen. Sie zeigen, dass das Vokabular staatskritischer Bewegungen, etwa die Wendungen „Vater Staat“ (in ironisierender Verwendung), „am Tropf des Staates“, „privat vor Staat“ über den gesamten Untersuchungszeitraum konstant bleibt.

6 Fortschreibung des Staatsrückzugs? Ergebnisse der Diskursanalyse

Die Diskursanalyse der 32 Krisenlektionen, die Mehrfachnennungen von „Staat“ enthielten, hilft, die Ergebnisse der Korpusanalyse zu situieren. Die Prominenz des Staatsbegriffs geht tatsächlich auf erhöhte Aufmerksamkeit für staatliche Rettungsaktionen mit Krisenbeginn sowie auf eine Grundsatzdebatte zu ordnungspolitischen Leitbildern zurück, die in den drei Zeitungen ab Herbst 2008 mit ähnlicher Ausdauer geführt wurde. Folgendes Zitat bringt die vorherrschende Problemsicht auf den Punkt:

„Drei Jahrzehnte war das Vertrauen in die Überlegenheit des Marktes unerschütterlich. In der Not rächt sich, dass keiner darüber nachgedacht hat, was der **Staat** am besten kann und was nicht. Ein Neuanfang.“ (Fricke 2009: Vorspann)

Die aus der Krise zu ziehende Lehre scheint zu sein, dem Staat wieder mehr Platz einzuräumen, genauer: dem Interventionsstaat, der angesichts des Marktversagens zuvor versagte außerordentliche Kompetenzen (Verstaatlichung, massive Subventionen, geldpolitische Manipulationen etc.) und Regulierungsfunktionen wahrnimmt. Die in der Korpusanalyse identifizierte Verschiebung vom „schlanken“ hin zum „starken“ Staat geht also auch mit Veränderungen in Begründungsstrategien einher.

Vor der Krise wird der schlanke Staat im Zusammenhang mit den fiskalpolitischen Maßnahmen diskutiert, die die neue Koalitionsregierung zu ergreifen hat. Die Vorschläge bewegen sich innerhalb der zuvor etablierten Debatte über Rezessionsbekämpfung: monetaristische Positionen, wonach die fortgesetzte Liberalisierung nachhaltige Konjunkturerholung garantiert, überwiegen vereinzelte Keynesianische Positionen, die die Binnennachfrage als eigentlichen Wachstumsmotor gestärkt wissen wollen. Die häufige Verwendung von „Verschlankungsvokabular“ („schlanker Staat“, „Verschlankung“, „verschlanken“, „Rückzug“, „zurückziehen“) indiziert jedoch, in welche übergeordnete Debatte diese Positionen eingebunden sind: es geht um Wettbewerb und Wettbewerbsverzerrung; Liberalisierung als Mittel gegen die Ausgabenexplosion; Steuerungsverlust im Zuge der Globalisierung und europäische Integration als relevante Ebene ökonomischer Entwicklung und Regulierung. In diesem breiteren Zusammenhang wird der Staat als Hindernis für effiziente Ressourcenallokation dargestellt. Er gilt als Repräsentant einer ausgedienten Wirtschaftsordnung, die durch national organisierte Industriepolitik und Korporatismus gekennzeichnet ist. Durch solcherart implizite Verweise auf Annahmen der neo-klassischen Wirtschaftstheorie wird die Darstellung des Staates als Fessel einer funktionierenden Marktwirtschaft *rationalisiert* (als vernunftgemäß suggeriert). Sie wird durch häufige Referenzen auf Milton Friedman und die USA *authorisiert* und mit Verweis auf Emanzipations- und das Wohlstandversprechen von Marktgesellschaften *moralisierend* bekräftigt. Fragment 1 illustriert exemplarisch wie die Kombination von neo-klassischen Theoremen und die Anrufung liberaler Werte in der Vorkrisenzeit funktioniert. Die Ladenschlusszeiten, ursprünglich eine Form des Arbeitnehmerschutzes und der Wettbewerbsregulierung, werden hier dargestellt als Anachronismus eines bevormundenden Staates:

Fragment 1: „Wenn die Läden offen bleiben“

„Das allerwichtigste Argument für eine Öffnung der Ladenschlusszeiten hat allerdings nichts mit Wirtschaft zu tun, sondern mit grundlegenden Freiheitsrechten. Wollen wir im 21. Jahrhundert tatsächlich dem **Staat** erlauben zu entscheiden, wann und wo wir einzukaufen haben? Darüber hinaus sollte man sich fragen, welche Leistungsträger in einem Land arbeiten wollen, in dem sie ab 20.00 Uhr der Tankstelle ausgeliefert sind. Wenn man bedenkt, dass die große Mehrheit der Schulen in Deutschland ebenfalls einem merkwürdig frühen Ladenschluss unterliegt - irgendwann um die Mittagszeit -, ist die Lebensqualität einer Familie mit Kindern in Deutschland weitaus geringer als in vergleichbaren Industrieländern.

Die geplante Liberalisierung des Ladenschlusses wird Deutschlands ökonomische Probleme nicht lösen. Sie kann aber einen Beitrag dazu leisten, dass in einem der wichtigsten

Wirtschaftssektoren die Marktmechanismen besser funktionieren. Allein dafür lohnt es sich.“
(Münchau 2006: Absatz 9 und 10)

Mit Krisenbeginn verschwindet solcherart Deregulierungspathos. An die Stelle des „Verschlankungsvokabulars“ tritt das „Interventionsvokabular“. Der „starke“ Staat wird nun mit Verweis auf das akute Marktversagen, die drohende Ansteckung realwirtschaftlicher Sektoren sowie das Scheitern laxer amerikanischer Finanzpolitik vor der Krise *rationalisiert*.²¹ Zur *Autorisierung* werden neben Friedman nun auch klassische Neoliberale wie Hayek und Rüstow herangezogen, allerdings in veränderter Perspektivierung („er hat immer gesagt, dass wir einen starken Staat brauchen...“). Der Sachzwang der Intervention wird mit Illustrationen untermauert, die die Vorgänge an „den Märkten“ als Naturgewalt erscheinen lassen. Angesichts des Zusammenbruchs „systemwichtiger“ Finanzinstitute und einer globalen Wirtschaftskrise sind sämtliche Mittel zur Stützung des Finanzsektors und Wachstumsstimulierung legitim: quantitative Steuerung, Verstaatlichungen, Steuererleichterungen für Unternehmen und Subventionen für Kurzarbeit, aber auch Keynesianische Wachstums- und Nachfrigestimulierung über öffentlich finanzierte Infrastruktur- und Technologieprojekte und Lohnerhöhung. Autorisiert wird diese Herangehensweise häufig mit Verweis auf den beispielhaften Pragmatismus des US-Krisenmanagements; er wird der in Deutschland verorteten Orthodoxie der Markteffizienz bzw. ordoliberalen Einwänden entgegengestellt. Mit Beginn der Euroraum-Krise projizieren die Kommentatoren das unorthodoxe Krisenmanagement des starken Staates zunehmend auf die europäische Ebene: den meisten scheint EU-koordinierte Finanzmarktregulierung, Fiskal- und Bankenunion, quantitative Steuerung der EZB sowie gemeinschaftliche Eurobonds ein vernünftiger Ausweg.

Interessanterweise bleibt in der Beschwörung des starken Staates jedoch die Abgrenzung gegen den „umfassenden“, in Wirtschafts- und Sozialpolitik engagierten Staat erhalten. Dauerhafte Verstaatlichungen, implizite und explizite Garantien für Großbanken oder Großunternehmen werden als zu vermeidende Gefahr dargestellt und treten zunehmend als eigentliches Übel und Grund der fortgesetzten Krise hervor. Fragment 2 illustriert wie der Interventionsstaat im Schlussabsatz des Kommentars von Christian Schütte zugleich wiederbelebt und eingegrenzt wird. Die Abgrenzung des starken vom umfassenden Staat ist in der Konjunktion „aber“ festgemacht (vgl. Fragment 2).

Fragment 2: „Mehr Kapitalismus wagen“

„Selbst Fed-Chef Ben Bernanke hat dieser Tage laut darüber nachgedacht, dass der **Staat** neue Instrumente zur Bändigung und Verkleinerung der Finanzriesen benötigt. Je länger und massiver sich der **Staat** **aber** in der bisherigen Form engagiert [indem er implizit-explizit für große Finanzinstitute haftet], umso größer ist die Gefahr, dass die notwendige Marktbereinigung verschleppt wird und dass stattdessen noch zusätzliche Risiken eingegangen werden. (...) Staatliche Rettungspakete haben nur so lange eine Chance, wie das Grundvertrauen in die Zahlungsfähigkeit des **Staates** noch besteht. (...) dass allzu ‚weiche‘ Budgetgrenzen sogar ganze Staaten ruinieren können, haben die sozialistischen Volkswirtschaften bereits erlebt.“ (Schütte 2008: letzter Absatz)

Das Argument des überdehnten Staates lässt sich über verschiedene Legitimationsstrategien nachvollziehen. So sichert der Autor einerseits die Notwendigkeit eines Interventionsstaats mit Verweis auf eine prominente Autorität ab: den Chef der Federal Reserve. Da dieser vor der Krise für die Markteffizienzhypothese stand, erscheint sein Sinneswandel umso gewichtiger (Autorisierung). Zugleich legt der Autor nahe, allein marktkorrigierende Kompetenzen seien rational und vernünftig, indem er dramatische Konsequenzen von Staatsgarantien andeutet, durch Worte wie „Risiken“, „Gefahr“, „ruinieren“ oder durch die Wendungen „je mehr...desto“ oder „nur so lange...wie“. Ausdrücke wie „notwendige Marktbereinigung“, „Grundvertrauen“ und „weiche Budgetgrenzen“ rufen außerdem beim informierten Leser spezifische ökonomische Theoreme in Erinnerung, die zur

²¹ Kritik an der US Wirtschafts- und Finanzpolitik vor der Krise bezieht sich auf prozyklische Geldpolitik sowie auf die Positiv-Sanktionierung von unkonventionellen Bankgeschäften und Fehlanreize des „privatisierten Keynesianismus“.

Rationalisierung des Arguments beitragen und bereits zu Beginn des Kommentars eingeführt wurden (vgl. Fragment 3).

Fragment 3: „Mehr Kapitalismus wagen“

„Unternehmen mit einem ‚Soft Budget Constraint‘ müssen Verluste nicht alleine tragen, sondern können stets auf die Hilfe des **Staates** hoffen. Über Sein oder Nichtsein eines Unternehmens entscheiden nicht dessen Zahlen, sondern die Einflussmöglichkeiten bei der Politik (...). Es ist charakteristisch für Kornais [für sozialistische Staaten diagnostizierte] ‚weiche Budgetbegrenzung‘, dass sie nicht auf Gesetzen und Verträgen beruht. Sie ist vielmehr eine Art unsichtbare Hand des **Staates**, wirksam in Form von Erwartungshaltungen, die sich auf kollektive Erfahrungen stützen. Im Finanzsystem verbirgt sie sich vor allem in der Zauberformel: ‚Too big to fail.‘“ (Schütte 2008: Absatz 1 und 2).

Diese Sätze bündeln, in Korrespondenz mit dem Schlussabsatz (Fragment 2), eine ganze Reihe von Legitimationen. Das Plädoyer für eingeschränkte Kompetenzen des Interventionsstaates wird nicht nur durch wissenschaftliche Definitionen rationalisiert, es wird auch implizit moralisch evaluiert: formale Rationalität (Zahlen, rechtliche Formalisierung) ist gut, andere Bewertungsmaßstäbe (Politiknähe, Erwartungshaltungen) dagegen korrumpiert. Diese Bewertung autorisiert der Autor durch Erfahrungswerte sozialistischer Wirtschaften bzw. plausibilisiert er wie viele seiner Kollegen auch durch Analogie zum Sozialismus. Veranschaulichend-plausibilisierend wirkt auch die bildbrechend-ironisierende Metaphorik von der „unsichtbaren Hand des Staates“: sie spielt auf den Mythos vom Wohlstandsgenerierenden Marktmechanismus an, überträgt die Idee auf den absichernden Versorgungsstaat („Vater Staat“), streicht gleichzeitig aber dessen illusionären Charakter heraus („Zauberformel“, an anderer Stelle: „imaginiertes Sicherheitsnetz“). Der umfassend engagierte Staat erscheint dadurch nicht nur als unvernünftig, sondern auch als (Selbst-)Täuschung.

Die Analyse von Legitimationsstrategien, die einen grundbegrifflichen Terminus einbinden, offenbart also wie die Betonung eines bestimmten Staatsbegriffs erzielt und gegen andere abgegrenzt wird. Über sie Schütte eine neue Balance zwischen dem vormals propagierten „schlanken“ Regulations- und Wettbewerbsstaat und dem nun gebotenen „starken“ Interventionsstaat, ohne seine Opposition gegenüber dem „umfassenden“ Versorgungsstaat aufgeben zu müssen. Was in der Korpusanalyse zunächst als veränderte Konzeption des Staates erschien, entpuppt sich in der Diskursanalyse als bloße Akzentverschiebung, die etablierten Imaginationen wirtschaftlicher Ordnung in der veränderten Situation neue Anerkennungswürdigkeit verleiht. Im Widerschein des so bestimmten Staates erscheint dann auch eine Wirtschaftsordnung weiterhin legitim, in der Selbstregulierung und formale Rationalität regieren.

7 Abschließende Bemerkungen

Dieser Beitrag hatte zum Ziel, krisenbedingte Veränderungen in wirtschaftsjournalistischen Kommentaren zu makroökonomischen Themen aufzuzeigen. Die Untersuchung sollte klären, ob in Folge der Krise ein Wandel in wirtschaftspolitischen Diskursen eingetreten ist. Die Korpusanalyse des Grundbegriffspaars „Markt“ und „Staat“ mitsamt ihrer partiellen Synonyme legte dies zunächst nahe. Nicht nur wurde der „Staat“ mit Krisenbeginn zum prominenten Bezugspunkt der Debatte. Die dem Staatssubjekt zugewiesenen Attribute veränderten sich und deuteten auf Verschiebungen in Konzeptionen des Staates hin.

Die Diskursanalyse von legitimierend-argumentativen Strategien, die das Wort „Staat“ in das Argument eines Kommentars einbetten, offenbarte jedoch, dass es sich dabei um eine Akzentverschiebung innerhalb eines unverändert wirtschaftsliberalen Bezugsrahmens handelt: sie stellt dessen Plausibilität im Lichte der unterschiedlichen Krisenperioden wieder her. Die Betonung von „schlank“ (im Sinne einer Beschränkung auf wettbewerbsfördernde Regulierung) bzw. „stark“ (im Sinne von stabilisierender Intervention und Re-Regulierung) variiert je nach Grad des identifizierten Marktversagens. Dabei schließt das Attribut „stark“ Keynesianische Instrumente der Rezessionsbekämpfung ein und wird mit Beginn der Euroraum-Krise zunehmend auf die europäische

Ebene übertragen. Jedoch bleibt diese Attributierung stets abgegrenzt gegen den „dummen“ in Produktion, Finanzwesen und Wohlfahrt engagierten korporativen Staat; autorisiert mit Verweis auf Friedman, Hayek oder Rüstow und plausibilisiert durch die ironisierende Bildsprache liberaler Staatskritik („Vater Staat“, „am Tropf des Staates“ etc.) oder Analogien zum Sozialismus.

Indem die Kommentatoren der drei Zeitungen den Staat als Steuerungsinstanz einerseits rehabilitieren, andererseits aber andere als marktliberale Interpretationen dieser Steuerungsinstanz ausschließen und den Rückhalt möglicher alternativer Diskurse (Keynes) kooptieren, behaupten sie Deutungsautorität in der Wechseldebatte. Sie beanspruchen den Lernerfolg für sich, im Sinne einer Neubewertung von Wirtschaftskoordination anstelle einer reinen Lehre von Markteffizienz. Indem sie die Wechseldebatte auf ordnungspolitische Leitbilder reduzieren (mehr vs. weniger Staat), führen sie zugleich das dominante Thema der Vorkrisenzeit, den wettbewerbsorientierten Umbau des überdehnten Staates, wieder ein.

Weit bedeutender als diese Einhegung der Wechseldebatte erscheinen mir aber ihre indirekten Ausschlusseffekte. In mehrerer Hinsicht verstellt die Diskussion um mehr oder weniger Staat die Ansatzpunkte für eine Problematisierung von Finanzialisierung und Finanzdominierung:

Der wiederbelebte Interventionsstaat wird auf Wettbewerbsverzerrung und Überdehnung hinterfragt, die durch fortgesetzte Stützungsmaßnahmen für den Finanzsektor (sowie andere Sektoren) entstehen könnte, nicht aber daraufhin, welcher Bias bereits dem „Ausnahmeengagement“ während der globalen Kreditklemme zugrunde lag. Die Notstandsinterventionen werden mit pauschalisierendem Verweis auf die systemische Bedeutung von finanzieller Intermediation für andere Wirtschaftsbereiche generell gerechtfertigt. Diese Pauschalbegründung verdeckt, dass Rettungsaktionen und nachfolgend angepasste Regulierung ein Finanzsystem stützten, das nur zu geringen Teilen auf dem für andere Wirtschaftsbereiche relevantem Risikomanagement beruht, zu großen Teilen stattdessen Finanz-Intermediation und andere Wirtschaftsbereiche zur Risikostreuung instrumentalisiert. Damit geht auch die Grundlage für Kritik an struktureller Finanzdominierung verloren – an der Ausrichtung von Geld- und Fiskalpolitik bzw. von Krisenmanagement an risikobehafteten Finanztransaktionen, die zur Verwertung privaten Vermögens auf internationalen Finanzmärkten eingesetzt werden. Kritik richtet sich stattdessen auf die Fehlsteuerung des Finanzsystems (nach dem Finanzmarktkrach) bzw. auf das Mismanagement in der Art und Weise, wie Gläubiger- und Schuldnerstaaten den finanzmarktdefinierten Bewertungsmaßstäben für Investitionsfähigkeit genügen (während der Euroraum-Krise). Die Staatsdebatte konstruiert damit einen Ort außerhalb der (Finanz-)Wirtschaft, auf den Kriseneskalation und Nichtlernen zurückgeführt werden kann: das Marktversagen während der Kredit- und Bankenkrise 2008, das Steuerungsversagen in der Rezession, das Politikversagen in der Euroraum-Krise ist letztlich ein Problem gescheiterter Regulierungsinstanzen und Staatsvertreter.

Die Darstellung der Krisensymptome der finanzorientierten Wirtschaftsordnung als Problem der Staatsüberdehnung, erzeugt durch „privatisierten Keynesianismus“ vor dem Finanzmarktkrach und Rezessionsabfederung nach dem Krach, liefert implizit auch Begründungen für ein auf Sparpolitik und Fiskalkontrolle konzentriertes Krisenmanagement. Sie lässt Proteste gegen das Krisenmanagement eher als Verteidigung von Besitzständen angesichts von Knappheit erscheinen denn als ernst zu nehmende Interventionen zur Re-Imagination von wirtschaftlicher Ordnung. Diese Einordnung von oppositionellen Formulierungen wird durch das selektive Verständnis von „Staat“ und „Politik“ befördert, das die Krisenlektionen anwendet: „Staat“ erscheint ausschließlich als Regime der Wirtschaftsregulierung und Ressourcenallokation, „Politik“ als Regime des politischen Wettbewerbs um das (nationale) Elektorat, der zwischen den Polen „mehr“ und „weniger“ Staat organisiert ist und zwischen den verschiedenen Interesseneignern des totgeweihten Wohlfahrtsstaates, den Krisengewinnlern und Krisenverlierern, vermittelt. Auf dieser impliziteren Ebene der Konzeption und Legitimation grenzt die Staatsdebatte also nicht nur „systemische“ Lesarten der Krise aus, die Finanzialisierung und Finanzdominierung thematisierten, sondern auch Stimmen, die solche Thematisierung anregen.

Das in diesem Beitrag entwickelte Instrumentarium kritischer Lektüre – die kombinierte Korpus- und Diskursanalyse von Grundbegriffen – kann helfen, solche Diskurseffekte zu erfassen. Die Periodisierung zeigte zusätzlich, dass solche Diskurseffekte durch zeit-räumliche Horizonte bedingt sind, in denen die eine oder die andere Lesart der Krise bzw. des Staates mehr Plausibilität erhält.

Literaturverzeichnis

- Altvater, Elmar (2010): Der große Krach oder die Jahrhundertkrise von Wirtschaft und Finanzen von Politik und Natur. Münster: Westphälisches Dampfboot.
- Arlt, Hans-Jürgen/ Storz, Wolfgang (2010): Wirtschaftsjournalismus in der Krise. Zum massenmedialen Umgang mit Finanzmarktpolitik. Eine Studie der Otto-Brenner-Stiftung, in: OBS-Arbeitsheft (63).
- Baker, Paul/ Gabrielatos, Costas/ KhosraviNik, Majid/ McEnery, Tony/ Wodak, Ruth (2008): A useful methodological synergy? Combining critical discourse analysis and corpus linguistics to examine discourses of refugees and asylum seekers in the UK press, in: *Discourse & Society* 19 (3), 273-305.
- Becker, Joachim (2011): EU: von der Wirtschafts- zur Integrationskrise, in: *Zeitschrift Marxistische Erneuerung* 22 (85), 10-32.
- Berger, Peter L./ Luckmann, Thomas (1966): *The Social Construction of Reality*. Harmondsworth, Baltimore: Penguin.
- Bieling, Hans-Jürgen (2010): Metamorphosen des "integralen Staates". Konkurrierende Leitbilder in der Krisendiskussion, in: Altvater, Elmar/ Bieling, Hans-Jürgen/ Demirović, Alex/ Flassbeck, Werner/ Goldschmidt, Werner/ Payandeh, Mehrdad (Hrsg.): *Die Rückkehr des Staates? Nach der Finanzkrise*. Hamburg: VSA Verlag, 37-60.
- Bonefeld, Werner (2010): Free economy and the strong state: some notes on the state, in: *Capital & Class* 34 (1), 15-24.
- Boyer, Robert (2000): Is a finance-led growth regime a viable alternative to Fordism? A preliminary analysis, in: *Economy & Society* 29 (1), 111-145.
- Boyer, Robert (2007): *Capitalism Strikes Back: Why and What Consequences for Social Sciences?*, in: *Revue de la régulation* (1).
- Dăianu, Daniel (2011): EU Economic Governance Reform: Are We at a Turning Point?, in: *Romanian Journal of European Affairs* 11 (1), 6-23.
- Fairclough, Norman/ Wodak, Ruth (1997): *Critical Discourse Analysis*, in: Dijk, Teun A. van (Hrsg.): *Discourse as Social Interaction* (Vol. 2). London, Thousand Oaks, New Delhi: Sage, 258-284.
- Fricke, Thomas (2009): *Abschied vom dummen Staat* *Financial Times Deutschland*. Hamburg: Gruner + Jahr, 20.03.2009.
- Gabler (2010): *Wirtschaftsordnung*, in: *Gabler Wirtschaftslexikon* (17th ed.). Wiesbaden: Springer Gabler.
- Gabrielatos, Costas (2007): Selecting query terms to build a specialised corpus from a restricted-access database, in: *ICAME Journal* 31, 5-43.
- Habbu, Aditya (2011): *The Neoliberal Legitimation Crisis*, in: *Carceral Notebooks Work-in-Progress Paper Series* (2).
- Hay, C. (1999): Crisis and the structural transformation of the state: interrogating the process of change, in: *British Journal of Politics and International Relations* 1 (3), 317-344.
- Hübner, Kurt (2012): German crisis management and leadership: from ignorance to procrastination to action, in: *Asia Europe Journal* (9), 159-177.
- Imhof, Kurt (2011): *Watchdogs oder Lemminge? Wirtschaftsjournalismus in der Schweiz: Tag des Wirtschaftsjournalismus 2011*. Köln: Kölner Journalistenschule für Politik und Wirtschaft.
- Jessop, Bob (2007): Was folgt dem Fordismus? Zur Periodisierung von Kapitalismus und seiner Regulation, in: Röttger, Bernd/ Diaz, Victor Rego (Hrsg.): *Kapitalismus, Regulations, Staat*. Hamburg: Argument Verlag, 255-282.
- Jessop, Bob (2008): *A Cultural Political Economy of Competitiveness and its Implications for Higher Education*, in: Jessop, Bob/ Fairclough, Norman/ Wodak, Ruth (Hrsg.): *Education and the Knowledge-Based Economy in Europe*. Rotterdam: Sense Publishers.
- Jessop, Bob (erscheint 2013): *Imagined Recoveries, Recovered Imaginaries: A Cultural Political Economy of Crisis Construals and Crisis-Management in the North Atlantic Financial Crisis*, in: Benner, M. (Hrsg.): *Beyond the Global Economic Crisis: Economics and Politics for a Post-Crisis Settlement* (Vol. Special Issue). Cheltenham: Edward Elgar.

- Jessop, Bob/ Oosterlynck, Stijn (2008): Cultural political economy: On making the cultural turn without falling into soft economic sociology, in: *Geoforum* 39 (3), 1155-1169.
- Kjaer, Peter/ Slaatta, Tore (2007): *Mediating Business: The Expansion of Business Journalism*. Copenhagen: Copenhagen Business School.
- Koselleck, Reinhart (1972): Einleitung, in: Brunner, Otto/ Conze, Werner/ Koselleck, Reinhart (Hrsg.): *Geschichtliche Grundbegriffe: Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*. Stuttgart: Klett-Kotta, XXIII-XXVII.
- Krippner, Greta (2011): *Capitalizing on crisis: the political origins of the rise of finance*. Cambridge, Mass.: Harvard University Press.
- Krzyzanowski, Michal (2010): Discourses and concepts: Interfaces and synergies between Begriffsgeschichte and the discourse-historical approach in CDA, in: de Cillia, Rudolf/ Gruber, Helmut/ Krzyzanowski, Michal/ Menz, Florian (Hrsg.): *Diskurs - Politik - Identität/ Discourse - Politics - Identities. Essays for Ruth Wodak*. Tübingen: Stauffenburg Verlag, 125-137.
- Kutter, Amelie (2012): Others Are to Blame. Crisis Narratives in the German Financial Press 2006-2010, in: CPERC Working Paper 2012 (4).
- Kutter, Amelie (erscheint 2013): Constructing the Polity-Nexus. Discursive Legitimation in Media Debates on EU Reform.
- Kutter, Amelie/ Nonhoff, Martin (forthcoming 2012): Legitimation, in: Angermüller, Johannes/ Nonhoff, Martin/ Reisl, Martin/ Wrana, Daniel/ Ziem, Alexander (Hrsg.): *Wörterbuch interdisziplinäre Diskursforschung*. Frankfurt: Suhrkamp.
- Mato, D. (2008): Transnational relations, culture, communication and social change, in: *Social Identities: Journal for the Study of Race, Nation and Culture* 14 (3), 415-435.
- Mehler, Alexander/ Diewald, Niels/ Waltinger, Ulli/ Gleim, Rüdiger/ Esch, Dietmar/ Job, Barbara/ Kuchelmann, Thomas/ Pustynnikov, Olga/ Blanchard, Philippe (2011): Evolution of Romance Language in Written Communication: Network Analysis of Late Latin and Early Romance Corpora, in: *Leonardo* 44 (3).
- Mody, Ashoka/ Sandri, Damiano (2012): The eurozone crisis: how banks and sovereigns came to be joined at the hip, in: *Economic Policy* 27 (70), 199-230.
- Münchau, Wolfgang (2006): Wenn die Läden offen bleiben: *Financial Times Deutschland*. Hamburg: Gruner + Jahr, 19.07.2006.
- Schrooten, Mechthild (2009): Landesbanken: Rettung allein reicht nicht, in: *DIW Wochenbericht* 2009 (24), 390-396.
- Schütte, Christian (2008): Mehr Kapitalismus wagen: *Financial Times Deutschland*. Hamburg: Gruner + Jahr, 20.10.2008.
- Skidelsky, Robert (2009): *Keynes: The Return of the Master*. London: Allan Lane.
- Stiglitz, Joseph E. (2008): The Triumphant Return of John Maynard Keynes: Project Syndicate: <http://www.project-syndicate.org/commentary/stiglitz107/English>.
- Stubbs, Michael (2001): *Words and Phrases. Corpus Studies of Lexical Semantics*. Oxford: Blackwell.
- Sum, Ngai-Ling (2009): The Production of Hegemonic Policy Discourses: "Competitiveness" as a Knowledge Brand and its (Re-)Contextualization, in: *Critical Policy Studies* 3 (2), 184-203.
- Tambini, Damian (2010): What are financial journalists for?, in: *Journalism Studies* 11 (2), 158-174.
- Taylor-Gooby, Peter/ Stoker, Gerry (2011): The Coalition Programme: A New Vision for Britain or Politics as Usual?, in: *Political Quarterly* 82 (1), 4-15.
- Taylor, Charles (2004): *Modern Social Imaginaries*. Durham, London: Duke University Press.
- Thompson, John (1990): *Ideology and Modern Culture: Critical Social Theory in the Era of Mass Communication*. Cambridge: Polity Press.
- Tognini-Bonelli, Elena (2001): *Corpus Linguistics at Work*. Amsterdam, Philadelphia: John Benjamins.
- Van Leeuwen, Theo/ Wodak, Ruth (1999): Legitimizing immigration control: a discourse-historical analysis, in: *Discourse and Society* 1 (1), 83-118.
- Vogl, Joseph (2010): *Das Gespenst des Kapitals*. Zürich: Diaphanes.
- Wengeler, Martin (Hrsg.) (2005): *Sprachgeschichte als Zeitgeschichte (Vol. 180-181)*. Hildesheim/New York: Georg Olms.

Young, Brigitte/ Semmler, Willi (2011): The European Sovereign Debt Crisis. Is Germany to Blame?,
in: German Politics and Society 29 (1), 1-24.